

SCHWEIZ

SBB streichen 650 Stellen

BASEL – Die SBB bauen infolge der tiefen Zahlen im Wagenladungsverkehr 650 Stellen ab. Bis im Juni 2006 sollen bei SBB Cargo 590 Stellen und bei SBB Infrastruktur 60 Stellen gestrichen werden, wie die SBB am Freitag bekannt gaben. Das Bedienungsnetz soll von heute rund 650 Punkten auf 323 Punkte verkleinert werden. Das zu hohe Kostenniveau habe ein Kostensenkungsprogramm notwendig gemacht, gaben die Verantwortlichen an einer Pressekonferenz in Basel bekannt. (AP)

Swiss European kann abheben

ZÜRICH/BERN – Die Swiss kann am Dienstag mit ihrer neuen Europa-Tochter abheben. Das Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) hat der Swiss European Air Lines auf den 1. November die Betriebsbewilligung erteilt. Dem Start ihrer 100-prozentigen Tochter stehe damit nichts mehr im Weg, teilte die Swiss am Freitag mit. Swiss European werde so genannte «Wet-Lease-Flüge» im Auftrag der Muttergesellschaft im europäischen Markt durchführen und rund 30 Destinationen bedienen. Premiere feiert die Gesellschaft am Dienstag um 6 Uhr mit den beiden Flügen von Basel und Genf nach Zürich. Die Kunden werden von der Änderung kaum etwas merken. (sda)

Wifo: Verzögerte EU-Integration lastet auf Schweizer Wirtschaft

BERN/WIEN – Österreichs Wirtschaft hat vom EU-Beitritt und vom Euro laut einer Wifo-Studie profitiert. Die verzögerte und auch nur teilweise Integration der Schweiz hingegen sei «im besten Fall ökonomisch neutral». Die beiden nahezu gleich grossen mitteleuropäischen Staaten Schweiz und Österreich eigneten sich besonders gut, die Vor- und Nachteile unterschiedlicher Integrationsstrategien zu untersuchen, heisst es im jüngsten Monatsbericht des Wirtschaftsforschungsinstitutes (Wifo) vom Freitag. Der vor zehn Jahren erfolgte Beitritt Österreichs zur EU habe das Bruttoinlandsprodukt (BIP) des Landes um rund ein halbes Prozentpunkt pro Jahr beschleunigt. Ein Drittel Prozentpunkt stamme von der vollen Teilnahme am EU-Binnenmarkt, je 0,1 Prozentpunkte von Mitnahmeeffekten des EG-Binnenmarktes sowie vom Beitritt zur Wirtschafts- und Währungsunion (WWU). Die EU-Integration habe die Produktivität erhöht durch stärkeren Wettbewerb, zügigere Reformen und mehr Forschung und Entwicklung, schreibt die Wifo. (sda)



Vorsichtige Umsatzprognose trotz eines Milliardengewinns

REDMOND – Zum 50. Geburtstag seines Gründers Bill Gates (Bild) hat der weltgrösste Softwarekonzern Microsoft gemischte Zahlen vorgelegt. Zwar schoss der Gewinn im ersten Quartal des laufenden Geschäftsjahres 2005/06 dank des starken Geschäfts mit Server- und Windows-Software um 24 Prozent auf 3,1 Mrd. Dollar hoch. Der Quartalsumsatz legte im Jahresvergleich um sechs Prozent auf 9,7 Mrd. Dollar zu, wie das Unternehmen mitteilte. Zugleich enttäuschte Microsoft die Börse aber mit der Umsatzprognose: Der Konzern erwartet für das laufende zweite Geschäftsquartal Erlöse von 11,9 bis 12 Mrd. Dollar, während Analysten mit etwa 12,3 Mrd. Dollar gerechnet hatten. (sda)

Landwirte protestieren

WTO-Verhandlungen – Brüssel bietet im WTO-Agrarstreit weitere Zollsenkung an

BRÜSSEL – In die festgefahrenen Agrarverhandlungen bei der Welthandelsorganisation WTO kommt Bewegung: Die EU-Kommission hat angeboten, die Agrarzölle für Einfuhren in die EU deutlicher abzusenken als bisher angekündigt.

Die höchsten Zölle sollen um 60 Prozent und die niedrigeren in einer Grössenordnung von 35 bis 60 Prozent gesenkt werden, teilte die EU-Kommission am Freitag in Brüssel mit. Im Durchschnitt beträgt die vorgeschlagene Zollsenkung 46 Prozent.

Frankreich sieht Limit überschritten

Der Vorschlag liege im Rahmen ihres Verhandlungsmandats für die WTO-Gespräche, sagte Handelskommissar Peter Mandelson. Er sprach von einem glaubwürdigen, ausgewogenen und substanzialen Angebot. Die EU sei damit aber bis an ihr Limit gegangen, ergänzte er. Frankreich befürchtet jedoch, das Limit sei schon überschritten.

Bereits am EU-Gipfel hatte Präsident Jacques Chirac mit einem Veto bei allzu grossen Zugeständnissen gedroht. Frankreich fürchtet Einkommenseinbussen seiner Landwirte. «Wir bezweifeln, dass das Angebot mit dem Mandat kompatibel ist und ob es angemessen war, es jetzt zu unterbreiten», sagte ein Regierungsvertreter am Freitag.

Scharfer Protest kam auch seitens der Landwirte. Die neuen Zugeständnisse würden den EU-Markt noch stärker für Lebensmittelimporte öffnen und hätten im



Handelskommissar Peter Mandelson: Der Vorschlag sei ein ausgewogenes und glaubwürdiges Angebot.

Agrarsektor und in der Lebensmittelbranche Arbeitsplatzverluste zur Folge, sagten die Präsidenten der zwei grossen europäischen Bauernverbände.

Für USA nicht weit genug

Andererseits äusserten die USA bereits Zweifel, dass der Vorschlag weit genug gehe. Neue Gespräche der Vertreter der EU, mit den USA, Australien, Brasilien und Indien über den Agrarstreit sollen noch am Freitag beginnen.

Der EU-Handelskommissar lehnte die Forderungen der USA nach einer Zollsenkung um bis zu 90 Prozent aber entschieden ab. Ein derart tiefer Einschnitt hätte «ver-

heerende Auswirkungen» auf die Landwirtschaft in zahlreichen Ländern, warnte Mandelson. Zudem würde dadurch auch die Bevorzugung der ärmsten Länder im EU-Zollregime zunichte gemacht.

Mandelson wies weiter darauf hin, dass die EU bereits heute der offenste Markt für landwirtschaftliche Produkte aus der Dritten Welt sei. Sollten die WTO-Partner mitziehen, würde die EU auch eine Abschaffung ihrer Exporthilfen für Zucker oder Getreide zu einem bestimmten Termin anbieten.

Bei der Veröffentlichung ihres Angebots forderte die EU von den USA und den Schwellenländern wie Brasilien ebenfalls mehr Be-

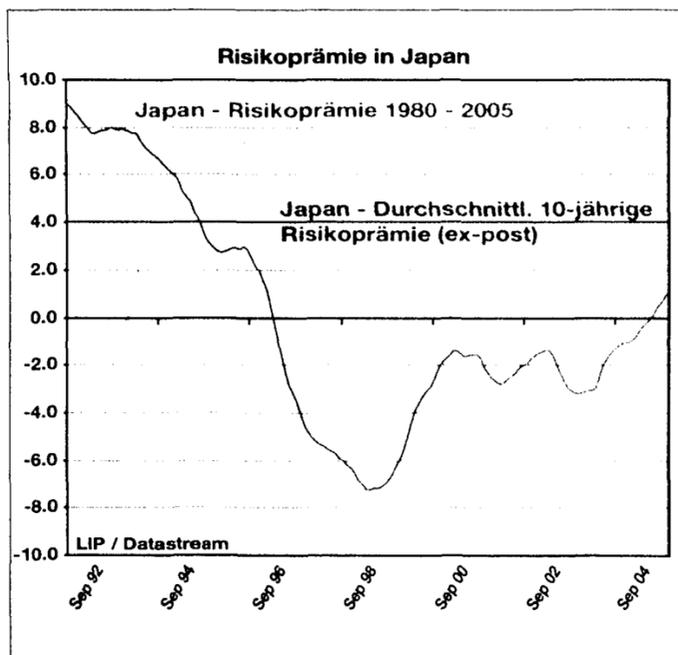
wegung. Von Washington werden Zugeständnisse bei der Nahrungsmittelhilfe und Exportkrediten erwartet. Eine Lösung in der Frage der Agrarsubventionen gilt als Schlüssel für den gesamten Konflikt um den Wegfall von Schranken im Welthandel. «Europas wichtigste Handelspartner müssen verstehen, dass diese Offerte gebunden ist an sofortige Bewegung bei Industriegütern und Dienstleistungen», sagte Mandelson weiter.

Die 148 Mitgliedsländer der WTO wollen im Dezember auf einer Ministerkonferenz in Hongkong einen Entwurf für eine Liberalisierung des Handels beschliessen. (sda)

LAFV-GASTBEITRAG

Aktienmarkt Japan

Gastbeitrag von Bernhard Schmitt, Fondsmanager LLB Investment Partners AG



Die langfristige Risikoprämie des japanischen Aktienmarktes liegt bei 4 Prozent, wenn diese mittels historischen Daten berechnet wird. Zwar nähert sich die gegenwärtige Risikoprämie dank guter Performance dieser Marke, aber die verbleibende Differenz bietet immer noch Kurspotenzial. Die Aktien japanischer Firmen können aktuell auf eine Rendite von 5 Prozent verweisen. Gleichzeitig haben höhere Ausschüttungen dazu beigetragen, dass die Dividendenrendite auf 1,2 Prozent gestiegen ist. Auf der Geldmarkt- und Anleienseite

sind die entsprechenden Zahlen weit weniger ansehnlich. Ein Kurzfristzins um die Nulllinie und die Rendite von 10-jährigen Bonds bei 1,5 Prozent sprechen für sich. Beide Spreads – Dividendenrendite zu Geldmarktzins sowie Gewinnrendite zu langfristiger Anleihenrendite – haben Extremwerte gesehen, die in den 90er-Jahren nicht erwartet worden wären. Kommt es nun zu einem weiteren Zusammenlaufen dieser Zahlenpaare? Dies wäre nur dann nicht der Fall, wenn es zu einem massiven Wirtschaftsrückgang käme,

welcher die Gewinne der Unternehmen wie auch die Dividenden schmelzen lassen würde. Zum anderen würde ein Inflationsschub mit und ohne Yen-Abwertung dazu beitragen, dass stark steigende Zinsen die Aktien von dieser Seite belasten. Seien es nun aber die Investitionsausgaben, der Inlandskonsum oder das unverändert schwach deflationäre Umfeld, so zeigen alle diese Wirtschaftsdaten, dass für pessimistische Szenarien kaum Platz ist. Vor diesem Hinter-

grund wird sich der Anpassungsprozess weiter fortsetzen. Zusammen mit den anlagepolitischen Annahmen kann das Ergebnis nur heissen, dass die japanische Börse unverändert attraktiv bewertet ist.

Verfasser: Bernhard Schmitt, Fondsmanager, LLB Investment Partners AG

Die alleinige inhaltliche Verantwortung für diesen Beitrag liegt beim Verfasser.

ANZEIGE

Mitteilung an die Anleger von UBS (CH) Property Fund – Swiss Residential «Anfos»

Für Ende November / Anfang Dezember 2005 plant die Fondsleitung UBS Fund Management (Switzerland) AG, Basel eine Kapitalerhöhung mit Bezugsrecht in der Grössenordnung von rund 165 Mio. CHF für UBS (CH) Property Fund – Swiss Residential «Anfos».

Die genauen Konditionen der geplanten Kapitalerhöhung werden Mitte November bekannt gegeben. Der Emissionspreis setzt sich aus dem Inventarwert per Abschluss September 2005 nach Ausschüttung zuzüglich der aufgelaufenen Erträge bis zum Liberierungsdatum sowie der Ausgabekommission zusammen. Die Fondsleitung behält sich vor, die Kapitalerhöhung in Abhängigkeit von der Marktentwicklung zu verschieben.

Ziel der Kapitalerhöhung ist die Gewinnung zusätzlicher Mittel für den Kauf von Liegenschaften, die Finanzierung von Neubauprojekten sowie die Rückführung von Fremdfinanzierungen.

Allgemeine Informationen zu den UBS Immobilienfonds finden Sie auf www.ubs.com/immobilienfonds-schweiz.

Für weitere Fragen steht Ihnen unsere UBS Fund Infoline (044-235 36 36) zwischen 8.00 und 17.30 Uhr gerne zur Verfügung.

Basel und Vaduz, 29. Oktober 2005

UBS Fund Management (Switzerland) AG

Zahlstelle und Vertreter in Liechtenstein
Liechtensteinische Landesbank Aktiengesellschaft
Städtle 44, 9490 Vaduz